



**Für ein Verbot aller
Rüstungsexporte**

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

INHALT

Vorwort	2
Warum DIE LINKE Rüstungsexporte ablehnt	4
Waffenhändler Deutschland	8
Aktuelle Rüstungsexportentscheidungen	12
Forderungen der Fraktion DIE LINKE	14
Schritte auf dem Weg zum Verbot jeglicher Rüstungsexporte	
1. Kleinwaffenexporte verbieten	16
2. Export von Waffenfabriken verbieten	18
3. Rüstungsexporte an Staaten verbieten, die bei der Beachtung der Menschenrechte deutliche Defizite aufweisen	20
4. Förderung und Finanzierung von Rüstungsexporten verbieten	22
Rüstungsbetriebe auf zivile Produktion umstellen	26
Für eine echte Endverbleibskontrolle	28
Transparenz statt Geheimniskrämerei	30
Alle Regierungen haben hemmungslos exportiert	32
Die anderen Fraktionen wollen Rüstungsexporte	34
Das deutsche Genehmigungsverfahren	38
Die Rüstungsexportgrundsätze – Waffenexporte leicht gemacht	40
DIE LINKE aktiv gegen Waffenexporte – im Bundestag und anderswo	43
Anträge in der Wahlperiode 2009–2013	44
Kleine Anfragen in der Wahlperiode 2009–2013	46

VORWORT

Es ist eine Legende, dass Rüstungsexporte in Deutschland besonders streng kontrolliert werden. Im Gegenteil: Fast jede deutsche Waffe darf in fast jedes Land exportiert werden. Deutschland ist drittgrößter Waffenexporteur der Welt – das wollen wir ändern.

DIE LINKE fordert ein generelles Verbot von Waffenexporten!

Alle Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte, von Kohl über Schröder bis Merkel, haben hemmungslos Waffen in alle Welt geliefert. Auch an Diktatoren und auch in Kriegs- und Krisengebiete. Und alles ganz legal. Leider.

2011 erhob sich im Mittleren Osten und in Nordafrika die Bevölkerung mehrerer Länder gegen ihre Diktatoren – und wurde dabei mit deutschem Kriegsgerät bekämpft. Ob es nun deutsche Transporter waren, die Gaddafis Panzer nach Bengasi transportierten oder mit deutscher Unterstützung hergestellte Radpanzer in Ägypten, mit denen DemonstrantInnen totgefahren wurden: Hier zeigen sich die fatalen Folgen der deutschen Waffenexporte – so wie an vielen anderen Orten in aller Welt.

Rüstungsexporte begünstigen immer Krieg, Zerstörung und Tod. Denn sie schaffen erst die Voraussetzung für gewaltsame Konflikte. Auch durch deutsche Rüstungsexporte wurden und werden unzählige Konflikte zugespitzt und repressive Staaten befähigt, ihre Bevölkerung zu unterdrücken.

Es gibt keine guten Kriege. Kriege werden geführt, um die eigenen Interessen gewaltsam durchzusetzen. Das haben zuletzt die Kriege im Irak, in Afghanistan und in Libyen gezeigt. Wir sind der Überzeugung, dass Sicherheitsprobleme nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden können. Krieg darf kein Mittel

der Politik sein. Völkerrecht, Diplomatie, transnationale Partnerschaften und zivile Konfliktbearbeitung brauchen keine Sturmgewehre und keine Panzer. Abrüstung heißt für uns auch, andere nicht mit Kriegsgeräten zu beliefern, aus welchen Gründen auch immer. Denn auch hier gilt für die Fraktion DIE LINKE: Außenpolitik muss Friedenspolitik sein!

Überall auf der Welt kämpfen Menschen gegen Aufrüstung, Krieg und Waffenhandel, auch hierzulande. Ihnen ist zu verdanken, dass das Geschäft mit dem Tod in Deutschland endlich in einer breiten Öffentlichkeit kritisch diskutiert wird – zum großen Unbehagen der verantwortlichen Bundesregierung. Die Rüstungsindustrie jammert, weil sie ihre Geschäfte weiterhin gerne ungestört tätigen würde. Uns zeigt es, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Und noch eine gute Nachricht: Eine überwältigende Mehrheit der Deutschen lehnt das Geschäft mit dem Tod ab. 78 Prozent sprachen sich in einer Emnid-Umfrage gegen jeden Export von Rüstungsgütern aus. Bei wenigen anderen Themen haben CDU/CSU, FDP, SPD und Die Grünen eine solche Mehrheit der Bevölkerung ignoriert.

Japan zeigt, dass es auch anders geht: Japan exportiert grundsätzlich keine Kriegswaffen und hat damit die Lehre aus seiner kriegerischen Vergangenheit gezogen. Deutschland sollte sich daran orientieren und eine Vorreiterrolle in Europa übernehmen.

DIE LINKE will, dass deutsche Politik zu einer friedlicheren, sozialeren und gerechteren Welt beiträgt. In ihr haben deutsche Waffenexporte nichts verloren. Jeder Euro, der mit Tod, Leid und Repression verdient wird, ist einer zu viel. Um diese todbringenden Exporte zu verhindern, gibt es nur einen Weg: **Wir brauchen ein gesetzlich verankertes Verbot von Waffenexporten.**



Warum DIE LINKE Rüstungsexporte ablehnt

Jährlich sind gut 120 Länder Kunden der deutschen Rüstungsindustrie. 75 Länder erhielten Großwaffensysteme, wie z. B. Kampfpanzer, Kampfhubschrauber oder U-Boote. Bei der Genehmigungspraxis spielt es kaum eine Rolle, ob das Käuferland Krieg führt, in Nachbarländern militärisch interveniert oder in einer Krisenregion liegt. Es spielt auch keine Rolle, ob ein Waffenkäufer die Menschenrechte verletzt, Minderheiten im Land brutal unterdrückt oder BürgerInnen soziale und politische Mindeststandards vorenthalten werden. Polizeistaaten, Diktaturen und despotische Regimes können Jahr für Jahr ganz legal ihr Kriegsgerät in Deutschland einkaufen.

Wenn wir nicht liefern, liefert jemand anderes – dieses Argument ist häufig zu hören, wenn es um Rüstungsexporte geht. Und ja, erst einmal stimmt es. Aber nur kurzfristig. Was dieses verkürzte



Argument übersieht: Sobald Deutschland auf Waffenexporte verzichtet, werden andere Länder folgen. **Denn die Welt wird durch die verändert, die voran schreiten.** Dass insbesondere im Bereich der Waffen konkrete Verbote möglich sind, zeigt eine Reihe internationaler Vereinbarungen. So ist etwa die Herstellung von Landminen und Streumunition international geächtet. Dies gilt auch für biologische und chemische Waffen.

Wenn Deutschland beispielsweise ein Kleinwaffen-Exportverbot beschließen würde, hätte das enorme Signalwirkung. Wir sind uns sicher, dass es dann nur noch wenige Jahre dauern würde, bis andere EU-Länder nachziehen. Und wenn Deutschland den ersten Schritt macht und Waffenexporte verbietet, dann würde das eine internationale Norm setzen.

Und noch etwas: Dieses Argument ist zutiefst unmoralisch und menschenverachtend. Auch mit dem Verkauf von Drogen lässt sich sehr viel Geld verdienen. Die Folgen des eigenen Handelns lassen sich nicht wegwischen, indem man auf jemand anderen zeigt. Was bleibt: Die Waffenexporteure tragen die Verantwortung für ihr Handeln. **Irgendwann wird jede Waffe eingesetzt.** Und dann tragen sie eine Mitschuld am Tod der Opfer ihrer Waffen.

Über kurz oder lang findet jede Waffe ihren Krieg. In jedem Winkel der Welt gib es Waffen und anderes Kriegswerkzeug. Waffen sind begehrte Güter. Sie sind Werkzeuge zum Töten von Menschen, dafür werden sie gebaut. Der Zugriff auf Waffen führt häufig dazu, dass Menschen bedroht und Konflikte gewalttätig werden. Wenn Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden, werden Menschen getötet, verletzt und vertrieben. Oft wird ihre Lebensgrundlage zerstört. Durch gewaltsame Konflikte werden ganze Generationen traumatisiert. Und das Erbe der Gewalt ist mindestens so langlebig, wie die Waffen selbst. Kurz: Der Einsatz von Waffen ist immer verbunden mit großem Leid für die Opfer und die Angehörigen, egal auf welcher Seite.

Waffenexporte schaffen keine Stabilität. Mit Waffengewalt können die Herrschenden zwar für eine gewisse Zeit Oppositionelle oder Minderheiten unterdrücken, letztendlich wird ein Regime, welches auf Gewalt gründet, doch untergehen. Aber, dies zeigen die Beispiele Libyen und Ägypten: Je länger die Zeit der Unterdrückung andauerte und je brutaler sie war, desto gewaltsamer und komplizierter wird der Übergang zu einer neuen Ordnung. Auch ist es ein gefährliches Spiel, ein Land aufzurüsten, um ver-

meintliche regionale Stabilität zu garantieren. Diese Logik führt letztlich nicht zu dauerhafter Stabilität, sondern schürt Misstrauen. Die Aufrüstung des einen Landes führt meist dazu, dass auch die anderen Länder, die sich dadurch bedroht fühlen, aufrüsten. So entstehen Rüstungswettläufe und komplexe Bedrohungsszenarien.

Wahre Stabilität, Frieden und Freiheit sind nur zu erreichen, wenn die Ursachen von Konflikten bekämpft werden. Die Piraterie am Horn von Afrika, die heute von multinationalen Flottenverbänden unter Aufwendung von Unsummen bekämpft wird, hat eine ihrer zentralen Ursprünge in der Arbeitslosigkeit der dortigen Fischer, die mit den Fischereiflotten der Europäischen Union und anderer nicht konkurrieren können. Nur der gerechte Zugang zu Ressourcen, faire Handelsbeziehungen und Entwicklungspartnerschaften sowie die Beendigung der Unterstützung von Diktaturen, die Förderung der Zivilgesellschaften und die Hilfe für den Aufbau regionaler Sicherheitsarchitekturen schaffen Frieden.

Waffen und Krieg verhindern Entwicklung und Wohlergehen.

Waffen wirken jedoch nicht nur direkt. Die Mittel, die für den Kauf aufgewendet werden, fehlen an anderer Stelle. Und dies gilt nicht nur für Entwicklungsländer. Selbst in den reichen Industrieländern, den Ländern der »ersten Welt« fehlt es im Staatshaushalt mittlerweile an Geldern für elementarste staatliche Aufgaben. Waffen schaffen keinen Mehrwert. Einmal beschafft, sind sie totes Kapital. Darin unterscheiden sie sich fundamental von Investitionen in Bildung, Gesundheit oder Produktion. Jeder Export von Waffen verhindert daher, dass woanders stets begrenzte Geldmittel produktiv verwendet werden.



WAFFENHÄNDLER DEUTSCHLAND

Autos, Maschinen und chemische Erzeugnisse – das sind die wichtigsten Ausfuhr Güter der deutschen Exportwirtschaft. Aber deutsche Unternehmen verkaufen auch Waffen und anderes Kriegsgerät, und das sehr erfolgreich. Fuchs-Radpanzer an Algerien, eine Sturmgewehrfabrik an Saudi-Arabien, atomwaffenfähige U-Boote an Israel, Schützenpanzer an Chile, Kampfpanzer an Singapur, Patrouillenboote an Brunei, Fregatten an Südafrika ... und so weiter, und so fort. Rüstungsgüter »Made in Germany« sind gefragt, das Geschäft mit Krieg, Tod und Repression blüht. Deutschland liefert – und zwar fast jede Waffe in fast jedes Land.

Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Seit Jahren listet das renommierte schwedische Friedensforschungsinstitut »Stockholm International Peace Research Institute« (SIPRI) Deutschland hinter den USA und Russland auf Platz 3.



Mit dem Export von Rüstungsgütern setzen private Unternehmen, wie Rheinmetall, Krauss-Maffei Wegmann und Heckler&Koch jedes Jahr Milliarden um. Das Geschäft mit dem Tod befördert die Bundesregierung jedoch nicht nur, indem sie solche Exporte genehmigt (Details zum deutschen Genehmigungsverfahren siehe ab S. 20). Sie ist selbst auch direkt beteiligt, in dem sie Rüstungsgüter aus Überschussbeständen der Bundeswehr weltweit zum Verkauf anbietet. Zudem sichert sie Exportvorhaben der Rüstungsindustrie mit Hermes-Bürgschaften auf Kosten der SteuerzahlerInnen ab und übernimmt damit Teile des Unternehmensrisikos.

Doch sie tut noch sehr viel mehr für deutsche Rüstungsexporte:

- Bundeswehr und Bundespolizei bilden fremde Streitkräfte an den in Deutschland gekauften Waffen aus.

- Die Bundeswehr führt Interessenten im In- und Ausland deutsche Waffen vor.
- Die Militärattachés an den deutschen Auslandsvertretungen werben vor Ort für die deutsche Rüstungsindustrie.
- Nicht zuletzt nehmen die KanzlerIn und ihre Minister VertreterInnen der Rüstungsindustrie auf ihren Auslandsreisen mit und werben in ihren Gesprächen mit den Spitzen anderer Staaten für Waffen »Made in Germany«.

Der Trend der letzten zehn Jahre lässt befürchten, dass das Geschäft mit Krieg, Repression und Wettrüsten auch in Zukunft ein echter Wachstumsmarkt bleibt. Von 2002 bis 2011 stiegen die Umsätze der Rüstungsproduzenten laut SIPRI weltweit um 51 Prozent. Die deutschen Rüstungsunternehmen haben auch 2011 ihre Umsätze trotz sinkender Verteidigungsetats in traditionellen Absatzmärkten stabil halten bzw. steigern können. Zwar wurden die Rüstungsetats in Europa verkleinert, aber die Rüstungsgeschäfte werden nun vermehrt im Nahen Osten und in Asien abgewickelt. Dort befinden sich ganze Regionen im Rüstungswettlauf, und es gibt zahlreiche schwelende Konflikte. Und genau dort liegen die neuen lukrativen Absatzmärkte der deutschen Waffenhändler. Sturmgewehre, Panzer und Kampfhubschrauber stehen ganz weit oben auf der Wunschliste vieler repressiver Regimes, wie z. B. Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Sie gehören zu den besten Kunden der deutschen Rüstungsindustrie. Mit den im Frühjahr 2013 bekannt gewordenen Genehmigungen für die Lieferung von mindestens 62 Kampfpanzern der modernsten Version des Typs Leopard 2 nach Katar ist die Bundesregierung endgültig zum Hoflieferanten von Kampfpanzern für das Krisengebiet Nahost aufgestiegen.

Die Bundesregierung unterwirft ihre Exportentscheidungen von Fall zu Fall ganz unterschiedlichen Interessen. Dabei geht es nicht nur um ökonomische Interessen der Rüstungslobby, sondern auch um politische bzw. strategische Interessen der Bundesregierung.

Verteidigungs- und industriepolitische Interessen hängen eng zusammen. Die Bundesregierung sagt, dass eine ihrer verteidigungspolitischen Interessen darin besteht, die Bundeswehr unabhängig von ausländischen Lieferungen mit den modernsten Waffensystemen ausstatten zu können. Die privaten Rüstungsunternehmen wollen mit dem Verkauf von Waffen möglichst hohe Gewinne und Renditen erwirtschaften. Die Entwicklung und Produktion von Waffen ist teuer. Der Verkauf der Waffen ins Ausland ermöglicht es, diese Kosten auf höhere Stückzahlen umzulegen. Dadurch steigen die Gewinne der Unternehmen auf der einen Seite und sinken die Kosten für die Bundeswehr. Der Export dient damit beiden.

Darüber hinaus gibt es ein außenpolitisches Interesse an Rüstungsexporten. Alle Bundesregierungen setzten und setzen sie dafür ein, um sich mit anderen Ländern gut zu stellen. Alle Bundesregierungen nutzten Rüstungsexporte als Instrument der Außenpolitik, mal mehr, mal weniger. Die jetzige Bundesregierung unterwirft ihre Rüstungsexportentscheidungen nunmehr ganz unverhohlenen strategischen Interessen. Deutsche Interessen sollen nicht mehr nur deutsche Soldaten sichern, sondern auch deutsche Waffen in Händen pro-deutscher bzw. pro-westlicher Regimes.

Die deutsche Rüstungsindustrie

Die fünf größten deutschen Rüstungsunternehmen sind EADS (European Aeronautic Defence and Space Company), Diehl Defence, Krauss-Maffei Wegmann, ThyssenKrupp und Rheinmetall. Sie gehören laut SIPRI zu den zu 100 größten Rüstungskonzernen der Welt.¹ Bedeutendster Hersteller von Kleinwaffen in Deutschland ist die Heckler & Koch GmbH mit Sitz in Oberndorf.

Die Unternehmen bauen Kriegswaffen für alle Teilstreitkräfte: Haubitzen, Kampfpanzer und Schützenpanzer für das Heer, U-Boote, Korvetten und Fregatten für die Marine und Kampfflugzeuge, Tanker und Transporter für die Luftwaffe.

AKTUELLE RÜSTUNGSEXPORT- ENTSCHEIDUNGEN

- **Algerien** baut gegenwärtig mit deutschen Lizenzen und mit Hilfe deutscher Zulieferungen Fabriken für den Radpanzer Fuchs und andere Militärfahrzeuge auf. Die Lieferungen von zwei Fregatten der Meko-Baureihe und eines hochmodernen Grenzsicherungssystems wurden ebenfalls genehmigt. Auch in Algerien werden die Menschenrechte verletzt. In den zwölf Jahren von 2000 bis 2011 wurde der Verkauf von deutschen Rüstungsgütern im Wert von 289.148.908 Euro an Algerien genehmigt.
- **Ägyptens** Militär soll zwei U-Boote des Typs 209 bekommen, obwohl das Land um eine demokratische und freie Zukunft ringt und jeden Euro braucht, um die zerrüttete Wirtschaft zu stabilisieren. In den zwölf Jahren vom Jahr 2000 bis 2011 wurde der Verkauf von deutschen Rüstungsgütern im Wert von 347.478.955 Euro genehmigt, einige dieser Waffen wurden noch vom gestürzten Diktator Mubarak gegen seine rebellierende Bevölkerung eingesetzt.
- **Saudi-Arabien** soll 270 Kampfpanzer des Typs Leopard 2 A7+ bekommen, der für den Kampf gegen Aufständische »optimiert« wurde. Das Land ist totalitär, die Herrscherfamilie unterdrückt mithilfe eines ausgedehnten Polizeiapparates Minderheiten blutig, es gibt keine Religionsfreiheit, Körperstrafen und Todesurteile werden vollstreckt, militärisch intervenierte es in den Nachbarstaaten Bahrain und Jemen, radikale Islamisten werden weltweit finanziert und ausgerüstet. In den zwölf Jahren von 2000 bis 2011 wurde der Verkauf von deutschen Rüstungsgütern im Wert von fast einer Milliarde Euro genehmigt. Hinzu kommen allein für 2012 noch einmal 1.237.288.814 Euro.

- Für **Israel** wurde der Bau eines sechsten **U-Boots der Dolphin-Klasse** genehmigt, das wie seine Vorgänger über die Fähigkeit verfügt, nuklear bestückte Marschflugkörper abzuschießen. Israel ist nicht Mitglied des Nichtverbreitungsvertrags für nukleare Waffen und verweigert bis heute die Inspektion seiner Atomanlagen. Ferner macht sich Israel seit Jahrzehnten durch seine Besetzung der palästinensischen Gebiete und nicht zuletzt durch seine Siedlungspolitik schwerer und systematischer Menschenrechtsvergehen schuldig. In den zwölf Jahren von 2000 bis 2011 wurde der Verkauf von deutschen Rüstungsgütern im Wert von 740.470.681 Euro genehmigt. Zum Teil wurden die U-Boote Israel geschenkt. Die Bundesregierung hat rund 1 Milliarde Euro vom Beschaffungspreis der sechs U-Boote bezahlt.
- **Indonesien** wird ebenfalls rund 100 Kampfpanzer Leopard 2 erhalten sowie weitere Panzer anderer Baureihen. Dabei handelt es sich wahrscheinlich um Bestände der Bundeswehr, die durch den Panzerhersteller Rheinmetall »modernisiert« werden. Indonesien ist bei allen Demokratisierungsfortschritten der letzten Jahre weiterhin ein Land, in dem massive Menschenrechtsverletzungen begangen und dem brutale Operationen gegen Aufständische im Osten des Landes vorgeworfen werden. Die Niederlande haben deswegen die Ausfuhr von Panzern an Indonesien abgelehnt. Genau diesen Deal wird nun Deutschland – angeblich das Land mit der restriktivsten Kontrollpolitik – machen. In den zwölf Jahren von 2000 bis 2011 wurde der Verkauf von deutschen Rüstungsgütern im Wert von 128.370.717 Euro genehmigt.



FORDERUNGEN DER FRAKTION DIE LINKE

DIE LINKE tritt als einzige Fraktion im Bundestag für ein **gesetzliches Verbot von Rüstungsexporten** ein. Ohne jede Ausnahme. Wir machen uns keine Illusionen: Ein generelles Verbot werden wir nicht über Nacht durchsetzen. Aber wir werden nicht locker lassen. Anfangen wollen wir mit vier konkreten Verboten, als **erste Schritte hin zu einem ausnahmslosen Verbot aller Rüstungsexporte**:

1. Kleinwaffenexporte verbieten
2. Export von Waffenfabriken verbieten
3. Export von Rüstungsgütern an Staaten verbieten, die bei der Beachtung der Menschenrechte deutliche Defizite aufweisen
4. Staatliche Förderung, Finanzierung oder Absicherung von Rüstungsexporten verbieten



Außerdem wollen wir mehr Transparenz. Die Bundesregierung muss dazu verpflichtet werden, die Öffentlichkeit und den Bundestag schneller und sehr viel umfassender über Rüstungsexportvorhaben und erfolgte Rüstungsexporte zu informieren.

Die Rüstungskonversion, also die Umstellung der Rüstungsunternehmen von militärischer auf zivile Produktion, sollte staatlich unterstützt werden, beispielsweise durch wissenschaftliche Forschungsprogramme.

1.

Kleinwaffenexporte verbieten

Durch die weltweit rund 875 Millionen² Gewehre, Maschinenpistolen und Pistolen werden laut UNICEF mehr Menschen getötet als durch alle anderen Waffen. Bis zu 90 Prozent aller Kriegsoffer fallen heute den so genannten Kleinwaffen zum Opfer.³ Deshalb nennt der ehemalige UNO-Generalsekretär Kofi Annan Kleinwaffen zu Recht »Massenvernichtungswaffen«.⁴

Deutschland zählt bei den Klein- und Leichtwaffen zu den bedeutendsten Lieferanten der Welt.⁵ So wird geschätzt, dass allein vom deutschen Sturmgewehr G3 und seinen Ablegern wie der Maschinenpistole MP5 weltweit sieben bis zehn Millionen Exemplare im Umlauf sind.⁶ Sie finden sich auf praktisch allen Kriegsschauplätzen, von Sudan und Somalia bis nach Afghanistan.

Kleinwaffen verursachen nicht nur mehr Opfer als jede andere Waffenart, sie verschärfen auch Konflikte und destabilisieren Gesellschaften. Bei einer durchschnittlichen Verwendungsdauer von 30 bis 50 Jahren stellt ihre massenhafte Verbreitung ein ernsthaftes Problem für den Frieden und die Sicherheit vieler Gesellschaften dar. Wenn heute die Bundesregierung einen Export von Kleinwaffen genehmigt, werden noch in einem halben Jahrhundert Menschen mit diesen deutschen Kleinwaffen getötet werden. Das Kleinwaffen-Exportverbot sollte uneingeschränkt gelten. Ausnahmen, zum Beispiel für NATO-Staaten, sind nicht sinnvoll. Sie böten ein Schlupfloch für die Weitergabe deutscher Kleinwaffen an an-



dere Länder. So ist der Verdacht bis heute nicht ausgeräumt, dass die deutschen G-36 Sturmgewehre, die im georgisch-russischen Krieg identifiziert wurden, über die USA nach Georgien gelangt waren. Wer nicht will, dass deutsche Kleinwaffen in den Kriegen dieser Welt eingesetzt werden, muss alle Schlupflöcher schließen. Würde das Exportverbot von Kleinwaffen NATO-Staaten ausnehmen, gewönne der »Export-Umweg« über diese NATO-Staaten deutlich an Attraktivität und leistete dem illegalen Waffenhandel Vorschub.

.....

Was ist eine Kleinwaffe?

Der Begriff Kleinwaffe versteht sich als Abgrenzung zu dem Begriff Großwaffe, wie Panzer, Kriegsschiffe oder Flugzeuge. Kleinwaffe ist die Sammelbezeichnung für alle militärischen Handfeuerwaffen (Kleinwaffen) und tragbare Raketen- und Artilleriesysteme (leichte Waffen). Entsprechend der Definition der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sind damit alle tragbaren Waffen bezeichnet, die für den Einsatz als tödliches Kriegswerkzeug hergestellt oder umgebaut wurden. Waffen für den nicht-militärischen Gebrauch werden darunter nicht gefasst, wie z. B. Sport- und Jagdgewehre. Als Kleinwaffe gelten demnach Revolver, Gewehre, Maschinepistolen, Sturmgewehre und leichte wie schwere Maschinengewehre, Granatenabschussgeräte, tragbare Kanonen, Raketen und Mörser.

.....

2.

Export von Waffenfabriken verboten

Deutsche Firmen verkaufen nicht nur Waffen, sondern sogar ganze Waffenfabriken, schlüsselfertig samt Maschinen, Fertigungsunterlagen und Ausbildung. Formal muss die Vergabe von Lizenzen zur Rüstungsproduktion in anderen Ländern gar nicht genehmigt werden. Allerdings brauchen die Firmen für die Ausfuhr von Produktionszeichnungen, Fertigungsunterlagen oder Herstellungsmaschinen eine Genehmigung der Bundesregierung.⁸

Ist eine Fabrik erst einmal aufgebaut, kann das entsprechende Land über viele Jahrzehnte die entsprechende Waffe oder Munition selbst produzieren. Die Waffen werden wiederum über viele Jahrzehnte weltweit im Umlauf sein. In der Regel wird zwar in einer schriftlichen Erklärung, der Endverbleibserklärung, zugesichert, dass die Produkte aus einer Lizenzvergabe nicht ohne Genehmigung der Bundesregierung weiter exportiert werden dürfen. Diese Erklärung ist jedoch wertlos, denn die Bundesregierung kann und will am Ende überhaupt nicht kontrollieren, ob Waffen nicht doch weiter exportiert werden. Vor-Ort-Prüfungen gibt es nicht, obwohl diese z. B. bei den USA fester Bestandteil der Exportkontrolle sind. 2007 genehmigte die Bundesregierung den Export von »Herstellungsausrüstung für Gewehre, Maschinenpistolen, Kleinkalibermunition« nach Saudi-Arabien. Dahinter verbirgt sich nichts anderes als der Export einer schlüsselfertigen Waffenfabrik für das Sturmgewehr G36.

Damit wiederholt die Bundesregierung die Fehler aus früheren Jahrzehnten. In den 1960er Jahren wurde der Export einer Vielzahl



von Waffenfabriken zur Produktion des Vorläufermodells G3 in mehrere Länder genehmigt. Bis heute wird das G3 dort produziert und unkontrolliert in alle Welt verkauft. Beispielsweise lieferte die Bundesrepublik in den 1960er Jahren eine komplette G3 Fabrik an Iran – das Land galt damals als wichtiger Bündnispartner. Die Fabrik produzierte auch nach der Islamischen Revolution 1979 weiter, bis heute. Daran zeigt sich, wie schnell Waffenexporte zum Bumerang werden können: Wer heute noch als »Freund« Waffen bekommt, kann morgen schon auf der anderen Seite stehen.

Die unkontrollierbare Massenproduktion von Sturmgewehren für die ganze Welt ist auch bei der G36 Fabrik in Saudi-Arabien zu befürchten – noch bevor die Produktion dort vollständig hochgefahren ist, bewirbt Saudi-Arabien die Waffen bereits auf internationalen Messen und bietet sie im Internet zum Verkauf an. Es ist eine Illusion zu glauben, unkontrollierte Waffenproduktion lasse sich dadurch verhindern, dass bestimmte Schlüsseltechnologien nicht weitergegeben werden und das Empfängerland dauerhaft diese Schlüsselkomponenten in Deutschland kaufen muss. Für kaum eine Waffe gibt es unüberwindbare technische Grenzen – selbst Atomwaffen werden mittlerweile von Staaten produziert, die nicht zur technischen Weltspitze gehören. Gleiches gilt erst recht für Kleinwaffen. Der Export kompletter Waffenfabriken bedeutet den totalen Kontrollverlust über die damit hergestellten Waffen. Deshalb muss der Export von Waffenfabriken dringend gesetzlich verboten werden.

3.

Rüstungsexporte an Staaten verbieten, die bei der Beachtung der Menschenrechte deutliche Defizite aufweisen

Bisher erlaubten alle Bundesregierungen, dass Waffen und Rüstungsgüter an Länder verkauft werden, die die Menschenrechte mit Füßen treten. Zu den besten Kunden – auch von Rot-Grün – gehörte das von Mubarak autoritär geführte Ägypten, Pakistan unter Musharraf und die autokratischen Regimes in den Golfstaaten. Diese und viele andere Beispiele zeigen, dass den Menschenrechten in der Genehmigungspraxis wenig Gewicht beigegeben wird. Und sie zeigen auch, wie schwach die »Politischen Grundsätze« im Hinblick auf das Menschenrechtskriterium sind. Die »Politischen Grundsätze« sind die Leitlinien der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung. Ihnen zufolge ist ein Export nur ausgeschlossen, wenn die zu liefernden Waffen direkt zur internen Repression bzw. für Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden.⁹ Der Nachweis dafür ist für jedes einzelne Exportgut jedoch schlicht unmöglich zu führen, schon gar nicht im Vorwege.

Kurz: Solange das Menschenrechtskriterium weder klar definiert noch rechtsverbindlich ist, bleiben die Menschenrechte bei den Genehmigungsentscheidungen regelmäßig auf der Strecke. Auch ist die Praxis problematisch, dass die Genehmigungsbehörden im Verborgenen die Menschenrechtslage in einem Land bewerten. Die Bundesregierung muss ihre Entscheidungen nicht begründen, auch nicht vor dem Parlament. Deshalb fordern wir,



dass Rüstungsexporte an Staaten, die bei der Beachtung der Menschenrechte deutliche Defizite aufweisen, generell verboten werden. Bei der Festlegung, was unter »deutliche Defizite bei der Beachtung der Menschenrechte« fällt, ist große Sorgfalt angebracht. Denn einerseits werden in allen Ländern, einschließlich Deutschland, Menschenrechte verletzt. Andererseits reicht es nicht aus, von systematischen und schweren Menschenrechtsverletzungen zu sprechen, da dies zu großen Interpretationsspielraum eröffnet.

Deshalb schlagen wir vor, einen differenzierten Prüfkatalog aufzustellen, anhand dessen die Menschenrechtssituation im betreffenden Land nach objektiven und öffentlich nachvollziehbaren Kriterien bewertet wird. Der Leitfaden der Europäischen Kommission, der den Gemeinsamen Standpunkt zur Genehmigung der Ausfuhr von Rüstungsgütern ergänzt, könnte hier als Arbeitsgrundlage dienen. Der Prüfkatalog sollte von einer parlamentarischen Kommission unter dem Dach des Bundestags erstellt werden. Nichtregierungsorganisationen, die sich auf den Menschenrechtsschutz spezialisiert haben, müssten substantiell eingebunden werden.

Fällt ein Land nach gewissenhafter Begutachtung nach den Prüfkriterien unter die Kategorie »Menschenrechtsverletzer«, würden Waffenlieferungen verboten.

4.

Förderung und Finanzierung von Rüstungsexporten verbieten

Das Geschäft mit dem Krieg befördert die Bundesregierung, indem sie Rüstungsunternehmen den Verkauf von Waffen an andere Länder großzügig genehmigt. Aber die Bundesregierung geht noch viel weiter und unterstützt die Waffenexporte mit vielen Mitteln – auch mit Steuergeldern.

So werden Rüstungsexportgeschäfte durch Hermes-Bürgschaften abgesichert. Damit werden Teile des Unternehmensrisikos von der Bundesregierung zu Lasten der SteuerzahlerInnen übernommen. Laut Bundesregierung wurden 2012 Exporte von Rüstungsgütern in Höhe von mindestens 3,3 Milliarden Euro¹⁰, im Jahr 2011 für rund 2,5 Milliarden Euro in Deckung genommen.¹¹ Wenn alles gut läuft und die Empfängerländer wie geplant zahlen, wird dieses Geld nicht in Anspruch genommen. Läuft es schlecht, bekommen die Unternehmen ihr Geld zu Lasten der SteuerzahlerInnen.

Und auch als Verkäuferin mischt die Bundesregierung mit, indem sie Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter aus Überschussbeständen der Bundeswehr in alle Welt verkauft. Welche Kriegswaffen unter der dafür gängigen Bezeichnung »Militärische Ausstattungshilfe« und »Länderabgabe« in welches Land zu welchem Preis verkauft werden, unterliegt meist der Geheimhaltung.¹² Der Preis der Waffen entspricht oft keineswegs dem »Zeitwert« oder einem »Marktwert«. Manchmal werden die Waffen sogar unter dem Schrottwert verkauft. Aber egal zu welchem Preis

sie verkauft werden, jede Weitergabe von hochwertigem Waffengerät der Bundeswehr entspricht einer Aufrüstung fremder Streitkräfte.

Der Verkauf von Rüstungsgütern ins Ausland wird von der Bundesregierung auch unterstützt, indem Angehörige anderer Streitkräfte durch die Bundeswehr und die Bundespolizei an den in Deutschland gekauften Waffen ausgebildet werden.

So trainierte die Bundeswehr beispielsweise im Jahr 2011 saudische Soldaten in der Bedienung des aus Deutschland gelieferten unbemannten Luftaufklärungs- und Überwachungssystems »Luna«.¹³ Auch wird die Bundespolizei bis voraussichtlich 2017 saudische Grenzpolizisten ausbilden. Dies war die Bedingung der Saudis dafür, dass der Konzern EADS den Zuschlag für das milliardenschwere Geschäft des Baus der Grenzanlage erhielt.¹⁴ Ohne ein politisches Bekenntnis der Bundesregierung in Form einer Ausbildungsverpflichtung würde also manches Rüstungsexportvorhaben gar keine Gestalt annehmen. Solche Verquickungen, die ebenfalls die SteuerzahlerInnen mitfinanzieren, werden von der Bundesregierung allerdings am Liebsten nicht in die Öffentlichkeit getragen. Die Ausbildung ausländischer Sicherheitskräfte vor Ort ist jedoch eher die Ausnahme. In der Regel werden solche Maßnahmen in Deutschland selbst durchgeführt, wie z. B. die im April 2013 begonnene Ausbildung algerischer

Marineangehöriger für den Dienst auf Fregatten, die ThyssenKrupp Marine Systems in den nächsten Jahren an Algerien liefert.¹⁵

Ferner führt die Bundeswehr Interessenten im In- und Ausland Waffen aus deutscher Fertigung vor. Ein Beispiel unter vielen: Indien plante den Kauf von rund 130 Kampfflugzeugen, der Eurofighter war im Wettbewerb. Im Februar 2009 wurden drei Eurofighter-Kampfflugzeuge der Luftwaffe nach Indien verlegt, um die indischen Militärs auf der Luftfahrtmesse Aero India zu überzeugen.¹⁶ Bei Kosten pro Flugstunde von rund 73.000 Euro kostete diese Vorführung, für die 96 Flugstunden zusammenkamen, 7,1 Millionen Euro. Die dicke Rechnung bezahlten die SteuerzahlerInnen, nur 180.000 Euro stellte die Luftwaffe dem Herstellerkonzern EADS in Rechnung.

Außerdem unterhält die Bundesregierung an den deutschen Botschaften Militärattaché-Stäbe, zu denen oft auch ein

wehrtechnischer Attaché gehört. In Abstimmung mit der Wirtschaftsabteilung der jeweiligen Botschaft unterstützt dieser vor Ort die deutsche Rüstungsindustrie, d. h. er stellt Kontakte zwischen den deutschen Rüstungsunternehmen und den Käufern vor Ort her, meldet den Bedarf der ausländischen Streitkräfte nach Deutschland usw.¹⁷

Politische Unterstützung beim Verkauf von Rüstungsgütern leistet die Bundesregierung auch ganz aktiv durch die Mitnahme von RüstungslobbyistInnen auf Auslandsreisen von Regierungsangehörigen. Die Waffenproduzenten erhalten so Zugang zu obersten Regierungs- bzw. Herrschaftskreisen der bereisten Länder.¹⁸

Die Bundesregierung geht also viele Wege, um Rüstungsexporte zu unterstützen – wir wollen sie alle Verbieten: Keine Finanzierung, keine Absicherung, keine Ausbildungsleistung und keine politische Förderung von Rüstungsexporten!



RÜSTUNGS- BETRIEBE AUF ZIVILE PRODUKTION UMSTELLEN

Schwerter zu Pflugscharen!
Panzer zu Plüschtieren!

Das sind unsere Antworten auf die Arbeitsplatzfrage. Wir wollen, dass die Rüstungsbetriebe ihre Produktion umstellen und Güter für den zivilen Nutzen produzieren!

Die Zahl der Beschäftigten für die Rüstungsproduktion ist nur schwer zu ermitteln. Seit Jahren hat die Industrie selbst immer die Zahl 80.000 veröffentlicht. 2012 bezifferte der Bundesverband der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) die Zahl der in der Waffenproduktion Beschäftigten auf lediglich 17 000. Wenn alle der im weitesten Sinne Sicherheitstechnologien produzierenden Unternehmen, vor allem auch aus dem IT- und Kommunikationsbereich, erfasst werden, ist der Studie zufolge von 98.000 direkt Beschäftigten auszugehen.



Aber egal, wie viele Arbeitsplätze es tatsächlich sind und wie viele davon heute vom Export abhängen: Bei einem Exportverbot braucht es Beschäftigungsalternativen, deshalb müssen die Betriebe umgebaut werden. Was genau Heckler & Koch oder Krauss-Maffei Wegmann an zivilen Gütern produzieren können, wissen die Belegschaften am Besten.

Deshalb ist der Weg, der in den 1980er Jahren gegangen wurde, richtig: In jedem Betrieb sollte ein Arbeitskreis »Alternative Produktion« gemeinsam mit der Unternehmensleitung Ideen entwickeln, wie das Unternehmen auf die Produktion von zivilen Gütern umgestellt werden kann. Auch die Gewerkschaften sollten die Umgestaltung aktiv mitgestalten. Sie könnten hier zum Motor werden und die Forderung nach guter Arbeit in die Praxis umsetzen.



Für eine echte Endverbleibskontrolle

Die deutsche Endverbleibskontrolle besteht lediglich auf dem Papier. Bislang gibt es keine echte Kontrolle, ob die ins Ausland gelieferten Rüstungsgüter tatsächlich im Empfängerland bleiben. Die Firmen müssen nur ein Formular vorlegen, auf dem der Empfänger versichert, dass die Rüstungsgüter nicht ohne vorherige Erlaubnis der deutschen Bundesregierung weiterverkauft werden. Damit hat sich die Frage nach der Sicherstellung des Verbleibs für die deutschen Behörden erledigt. Keine Kontrollen vor Ort und keine regelmäßigen Berichtspflichten des Empfängerlandes. Jede Frittenbude in Deutschland wird strenger kontrolliert als der Verbleib von Waffen!

Die Bundesregierung leistet mit diesem System der illegalen Weitergabe von deutschen Rüstungsgütern Vorschub. So tauchen Kleinwaffen aus deutscher Produktion immer wieder dort auf,



wo sie legal eigentlich gar nicht sein dürften – so wie G36 Sturmgewehre in Georgien, in Libyen oder in bestimmten mexikanischen Bundesstaaten. Weltweit gibt es einen riesigen illegalen Waffenmarkt. Hier werden die Waffen aus ehemals legalen Verkäufen gehandelt.

Wirksame Endverbleibskontrolle müsste aus mindestens zwei Elementen bestehen: Einer Berichtspflicht der Empfänger über den jeweils aktuellen Verbleib der gelieferten Rüstungsgüter und eine unabhängige Vor-Ort-Kontrolle. Die Kontrolle kann stichprobenartig sowie in besonderen Verdachtsfällen erfolgen. Eine unabhängige Kontrollinstitution des Bundes wäre hier die beste Lösung. Bei Verstößen oder Unstimmigkeiten müssen effektive Sanktionsmechanismen in Kraft treten.



TRANSPARENZ STATT GEHEIMNIS- KRÄMEREI

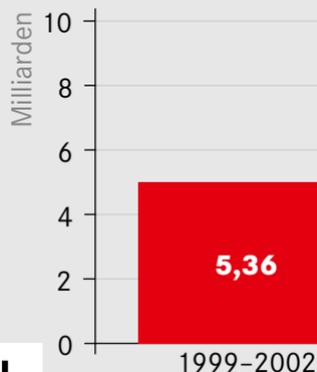
Die Öffentlichkeit und das Parlament werden nur sehr lückenhaft und mit langen Verzögerungen über Rüstungsexporte informiert. Über den jüngsten Panzerdeal mit Indonesien hat auch der Bundestag mehr Informationen aus der »Jakarta Post« bezogen als von der Regierung. Und um mehr über den Panzerdeal mit Saudi Arabien zu erfahren, mussten Abgeordnete nach Riad fahren, weil die Bundesregierung sich auch dazu konsequent ausschweigt. Der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung kommt in der Regel erst im Dezember des Folgejahres heraus. Das heißt, es vergehen bis zu zwei Jahre ehe die Öffentlichkeit Informationen über Genehmigungen für Rüstungsexporte erhält. Eine schnelle, regelmäßige und umfassende Information über Rüstungsgeschäfte ist die unabdingbare Voraussetzung für eine öffentliche Debatte, die angesichts des tödlichen Charakters dieser Exporte dringend erforderlich ist.



Unter anderem fordern wir einen vierteljährlichen Rüstungs-exportbericht, deutlich umfassendere Informationen, wie z. B. über die Vergabe von Lizenzen für Waffen- bzw. Munitionsfabriken, alle tatsächlichen Ausfuhren von sonstigen Rüstungsgütern, Nennung des Klarnamens der exportierten Kriegswaffe, öffentliche Aufschlüsselung aller Bundeswehrausfuhren, Hermes-Bürgschaften etc. sowie eine Vorabinformation bei größeren Exportprojekten.

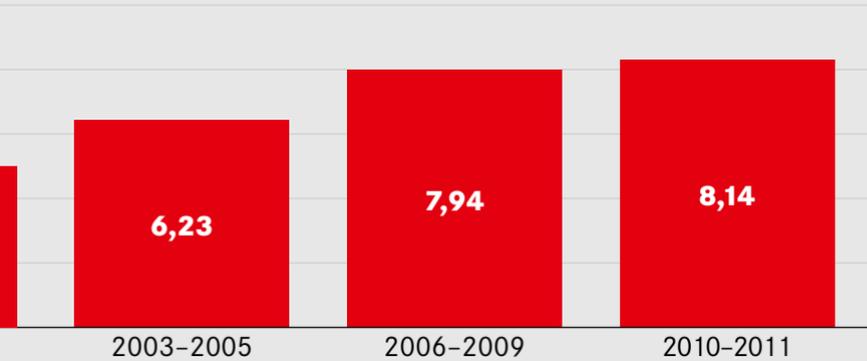
So sehr wir uns auch für umfassendere und schnellere Informationen über Rüstungsexporte einsetzen: Transparenz allein wird nicht zu einer signifikanten Einschränkung der Exporte führen. Insofern ist die Debatte um mehr Transparenz bei den Rüstungsexporten nicht alternativ zu klar definierten Verboten zu sehen, sondern nur als Ergänzung.

ALLE REGIERUNGEN HABEN HEMMUNGSLOS EXPORTIERT



Derzeit streiten sich alle anderen Parteien, welche Regierung hemmungsloser Waffenexporte genehmigt hat. Alle zeigen mit dem Finger auf die Anderen. Recht haben sie alle, denn egal ob Rot-Grün, Schwarz-Rot oder Schwarz-Gelb, egal wer regiert hat, die Rüstungsexporte sind immer weiter gestiegen. Alle Regierungen haben hemmungs- und skrupellos genehmigt. Die Zahlen sind eindeutig: Die erste rot-grüne Regierung unter Schröder und Fischer genehmigte pro Jahr Rüstungsexporte für durchschnittlich 5,36 Milliarden Euro. Von 2003 bis 2005 wurden von Rot-Grün Genehmigungen für durchschnittlich 6,23 Milliarden Euro pro Jahr erteilt. Die Große Koalition von Merkel und Steinmeier weitete die Genehmigungen auf im Schnitt 7,94 Milliarden Euro pro Jahr aus. Schwarz-Gelb unter Merkel erteilte Exportgenehmigungen im Wert von durchschnittlich 8,14 Milliarden Euro. Das sind alles offizielle Zahlen der Bundesregierung. Jede dieser Regierungen hat beharrlich behauptet, dass nirgendwo auf der Welt Rüstungsexporte so gut kontrolliert werden wie in Deutschland. Die rasant gestiegenen Volumen und die Empfänger

Durchschnitt der Genehmigungen pro Jahr je Kabinett 1999–2011



Genehmigungswerte für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter aus den Rüstungsexportberichten der Bundesregierung (seit 1999) zugeordnet den Kabinetten Schröder I (98–02) und II (02–05) und Merkel I (05–09) und II (09–13). Zahlen für 2012 und 2013 liegen noch nicht vor.

der deutschen Waffenexporte zeigen, dass diese Behauptung zwar eine emsig verbreitete, gleichwohl substanzlose Legende ist. Hinter ihr verschanzen sich die verantwortlichen PolitikerInnen, die in den letzten dreizehn Jahren (1999 bis 2011), also seit Veröffentlichung von Zahlen durch den Rüstungsexportbericht der Bundesregierung, den Verkauf von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern im Gesamtwert von 88,2 Milliarden Euro genehmigten! Die zweite Legende lautet, Rüstungsexporte würden hierzulande besonders restriktiv gehandhabt und große Hürden seien zu überwinden, bevor ein Export genehmigt wird. Auch das hat bisher jede Regierung von sich behauptet – Rot-Grün, Rot-Schwarz oder Schwarz-Gelb. Jedes Jahr werden von deutschen Produzenten rund 16.000 Anträge zur Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern gestellt. 2011 wurden beispielsweise gerade mal rund 100 Anträge von 16.000 abgelehnt, nicht einmal 1 Prozent! Und jede Regierung hat bisher immer Gründe gefunden, warum auch Länder Kriegsggerät erhalten, die die Menschenrechte mit Füßen treten. Was sich ändert, sind nur die Ländernamen.

DIE ANDEREN FRAKTIONEN WOLLEN RÜSTUNGSEXPORTE



Industrie-, verteidigungs- und militärpolitische Interessen dominieren das Denken der Regierungsfraktion von CDU/CSU und FDP. Die Mehrheit der Abgeordneten steht für die Beibehaltung der gegenwärtigen Praxis, sie haben keinerlei Probleme, die Welt mit deutschen Kriegsgeräten aufzurüsten. Dabei ist selbst den Abgeordneten der Koalition klar, dass Waffengeschäfte keine Geschäfte wie alle anderen sind. Dies zeigen schon verzweifelt anmutende Rechtfertigungen wie die, dass Waffenexporte dazu beitragen können, die Menschenrechte im Empfängerland zu schützen. Kanzlerin Merkel machte im Zusammenhang mit der Lieferung der Leopard 2 Kampfpanzer an Saudi-Arabien deutlich, dass Rüstungsexporte Teil der außenpolitischen Strategie der Bundesregierung sind. Anstatt deutsche Soldaten zu entsenden, sollen nun andere Staaten mit deutschen Waffen in den Händen für Stabilität und Ruhe sorgen. Notfalls eben für Friedhofsruhe.



Die SPD wiederum ist scheinheilig, wenn sie die Rüstungsexportpolitik der derzeitigen Regierung angreift. Denn als sie mitregierte, war sie ebenfalls hemmungslose Waffenexport-Partei, und ihre VertreterInnen im Bundessicherheitsrat winkten ebenso inflationär noch die umstrittensten Exportvorhaben durch. Bis heute gibt es kein Wort der Selbstkritik zu den eigenen Rüstungsexportentscheidungen jener Zeit. Bis heute sperrt sich die SPD gegen jeglichen Versuch, Exporte gesetzlich zu verbieten. Nicht einmal den Verkauf ganzer Waffenfabriken möchte sie verbieten – und ebenso wenig die Förderung von Rüstungsexporten mit Exportbürgschaften aus Steuergeldern. 2012 hat die SPD-Fraktion im Bundestag einen Antrag zu Waffenexporten vorgelegt, in dem sie entsprechend nur fordert, alles möge bleiben, wie es ist – von minimalen kosmetischen Korrekturen abgesehen.¹⁹ Nur in einem Punkt scheint die SPD offen für eine echte Veränderung zu sein: Sie fordert mehr

Transparenz, d. h. einen baldigen Rüstungsexportbericht. Andererseits verlangt sie aber auch die Schaffung eines geheim tagenden, parlamentarischen Gremiums, das über die geheimen Rüstungsexportbeschlüsse der Bundesregierung zu unterrichten wäre. Im Klartext: Die SPD will die Geheimniskrämerei geheim kontrollieren. Solche Forderungen der SPD dienen eher der Täuschung der kritischen Öffentlichkeit als der Reduzierung deutscher Rüstungsexporte.

Die Jahre der rot-grünen Koalition bezeugen, dass auch Die Grünen Rüstungsexporten etwas abgewinnen können. Dennoch muss man konstatieren, dass sie zwei Schritte weiter gehen als die SPD, freilich auf der Viertelstrecke stehen bleiben. Sie sind selbstkritisch gegenüber dem Anstieg der Waffenexporte in ihrer Regierungszeit. Sie fordern in ihrem Wahlprogramm immerhin auch, dass menschenrechtsverletzende Staaten keine Rüstungsgüter erhalten sollen. Und sie wollen, dass keine Waffenfabriken mehr an Länder außerhalb der NATO/EU exportiert werden. Aber völlig unverständlich sperren sich die Grünen nach

wie vor gegen ein Exportverbot für Kleinwaffen. Zudem wollen sie ein Rüstungsexportgesetz, das die jetzigen unverbindlichen »Politischen Grundsätze« in Gesetzesform bringt. Die Grünen behaupten, damit könnten Rüstungsexporte beschränkt werden. Da die Grundsätze ausdrücklich das Abwägen von Interessen bei den Genehmigungsentscheidungen erlauben und das Menschenrechtskriterium butterweich formuliert ist, wäre in puncto Einschränkung nichts gewonnen. Die Entscheidung der Bundesregierung etwa, Kampfpanzer nach Saudi-Arabien zu liefern, steht im Einklang mit den Politischen Grundsätzen. Zudem fordern sie eine tatsächliche Kontrolle des Endverbleibs deutscher Rüstungsgüter vor Ort.²⁰ Sollten Die Grünen der nächsten Bundesregierung angehören, ist es ohnehin unwahrscheinlich, dass sie diese Schritte in die richtige Richtung gegen ihren Koalitionspartner durchsetzen werden.

Erinnern wir uns: Die Grünen haben sich in der Vergangenheit, wenn es ernst wurde, stets als eine Partei erwiesen, die zum Machterhalt so gut wie alles zu opfern bereit ist.

DAS DEUTSCHE GENEHMIGUNGS- VERFAHREN

KWKG und AWG

Die Ausfuhr von Kriegswaffen wird durch das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) geregelt.

Welche militärischen Güter zu den Kriegswaffen zählen, ist durch die Kriegswaffenliste festgelegt. Kriegswaffen sind unmittelbar zur Kriegsführung nutzbare Güter, wie z. B. Raketen, Kampfhubschrauber, Panzer, voll- und halbautomatische Gewehre, U-Boote, Minenleger und Handgranaten. Ausgenommen sind z. B. halbautomatische Pistolen, Jagd- und Sportgewehre und die dazugehörige Munition, aber auch Produktionsunterlagen und Herstellungsmaschinen.

Die Ausfuhr sonstiger Rüstungsgüter unterliegt den Regelungen des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG). Sonstige Rüstungsgüter sind z. B. Munitionsaufzüge, Radaranlagen, antimagnetische Küchen für Kriegsschiffe, Software oder Schutzanzüge.

Zwei Gesetze regeln in Deutschland das Geschäft mit Gütern für militärische Zwecke: Das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und das Außenwirtschaftsgesetz (AWG). Diese Zweiteilung trägt der Tatsache Rechnung, dass zwischen Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern unterschieden wird. Der Export von Kriegswaffen ist durch das KWKG grundsätzlich verboten, es sei denn, er wird durch die Bundesregierung genehmigt. Alle anderen Rüstungsgüter werden vom AWG erfasst. Im AWG gilt die Logik, dass Exporte grundsätzlich erlaubt und nur unter bestimmten Bedingungen zu beschränken sind.

Für die Genehmigung der Ausfuhr von Rüstungsgütern ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und das ihr unterstellte Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

(BAFA) zuständig. Diese Behörden prüfen die Anträge auf Ausfuhr in Form von Einzelfallprüfungen. In der Theorie bedeutet das, dass die Behörde bei jedem einzelnen Ausfuhrantrag für ein bestimmtes Rüstungsgut an ein bestimmtes Land bewertet, ob eine Ausfuhr in Einklang mit der Rüstungsexportgrundsätzen steht. Infolgedessen kann es sein, dass ein bestimmtes Land gepanzerte Fahrzeuge aus deutscher Produktion kaufen darf, aber keine Kampfpanzer. Das Prinzip der Einzelfallentscheidung wird als Garant dafür verkauft, dass es zu keinen »Automatismen«²¹ in der Genehmigungspraxis kommt, d. h. dass nicht einfach alles genehmigt würde. Die Praxis zeigt allerdings, dass einige Staaten einen Freifahrtschein für Bestellungen in Deutschland haben. Das Prinzip der Einzelfallentscheidung ist hier die Schutzbehauptung für ein großzügiges Genehmigungswesen. Mit ihm werden z. B. Forderungen nach einem vollständigen Exportstopp in bestimmte Staaten, die gravierende Menschenrechtsverletzungen begehen, regelmäßig abgewiesen. Es heißt dann immer »Die Bundesregierung entscheidet über Rüstungsausfuhren grundsätzlich in jedem Einzelfall unter sorgfältiger Abwägung aller Umstände«.

Das Genehmigungsverfahren

Es gibt im Genehmigungsverfahren drei Ebenen: Die informellen Vorausfragen beim Auswärtigen Amt, die Kriegswaffenausfuhrgenehmigungen durch das BMWi sowie die Ausfuhrgenehmigungen für sonstige Rüstungsgüter durch das BAFA.

Für den Export von Kriegswaffen bedarf es zunächst einer Genehmigung nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz für den »Transport zum Zwecke der Ausfuhr«. Diese Genehmigung erteilt das BMWi. Nachfolgend bedarf es noch einer Ausfuhrgenehmigung durch das BAFA. Die eigentliche Ausfuhrentscheidung trifft hier das BMWi, die nachfolgende Ausfuhrgenehmigung durch das BAFA folgt in der Regel der Entscheidung im Ministerium.

Bei größeren Exporten wird in der Regel eine informelle »Vorfrage« an das Auswärtige Amt gestellt. Nach Angaben der Bundesregierung wurde in den letzten Jahren in keinem einzigen Fall eine formelle Genehmigung nach KWKG oder AWG verweigert, wenn die Voranfrage positiv beschieden worden war.²²



DIE RÜSTUNGS- EXPORTGRUNDSÄTZE – WAFFENEXPORTE LEICHT GEMACHT

Sowohl das Kriegswaffenkontrollgesetz als auch das Außenwirtschaftsgesetz lassen offen, nach welchen konkreten Kriterien die Genehmigung zur Ausfuhr erteilt bzw. versagt wird. Diese Lücke füllen in Deutschland die Rüstungsexportgrundsätze, die auf zwei Dokumenten basieren: den »Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern« vom 19. Januar 2000 und dem »Gemeinsamen Standpunkt der EU vom 8. Dezember 2008«.²³

In beiden Dokumenten werden verschiedene Kriterien formuliert, die als Maßstab für die Genehmigungsbehörden bei ihren Entscheidungen über jeden Ausfuhrantrag von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern gelten. Die deutschen Rüstungsexportgrundsätze scheinen auf den ersten Blick Rüstungsexporte einzuschränken. Als Versagungsgrund für eine Genehmigung werden z. B. friedensgefähr-



dende und konfliktverschärfende Umstände sowie die Menschenrechtslage im Land genannt. Ein genauer Blick zeigt allerdings: Sie sind so formuliert, dass in Einklang mit den Leitlinien Waffen auch an Diktaturen, an Staaten mit schweren Menschenrechtsverletzungen und in Kriegs- und Krisengebiete geliefert werden können. Denn die genannten Kriterien gelten nicht absolut, es gibt einen sehr großen Ermessensspielraum. So heißt es in den Politischen Grundsätzen der Bundesregierung lediglich, dass der »Beachtung der Menschenrechte« im Bestimmungsland »besonderes Gewicht beigemessen« wird. Wie groß dieses besondere Gewicht ist, und dass andere Kriterien, wie wirtschaftliche oder außenpolitische ein noch bedeutenderes Gewicht haben, zeigt das Beispiel Saudi-Arabien, das laut Menschenrechtsbericht der Bundesregierung massive und systematische Menschenrechtsverletzungen begeht und dennoch in Deutschland nahezu jede Waffe kaufen kann.²⁴

Die erteilten Genehmigungen dokumentieren, dass Menschenrechte diesen Abwägungsprozess fast immer gegen Sicherheitsinteressen oder andere Prioritäten verlieren.

Dem Genehmigungsprozess ist aber nicht nur ein hohes Maß an Willkür zueigen. Er ist zudem vollkommen intransparent. Die Bundesregierung muss nicht begründen, welches Kriterium am Ende aus welchen Gründen für die Entscheidung der Maßstab ist. Und sie tut es auch nicht.

Außerdem sind die Politischen Grundsätze der Bundesregierung kein Gesetz und damit unverbindlich und nicht einklagbar. Demgegenüber ist der Gemeinsame Standpunkte der Europäischen Union nach offiziellem Sprachgebrauch zwar rechtsverbindlich, was bedeutet, dass die Politik der Mitgliedstaaten mit dem Gemeinsamen Standpunkt in Einklang stehen muss. Allerdings ist die Einhaltung des Standpunktes ebenfalls gerichtlich nicht einklagbar. Darüber hinaus eröffnet der Gemeinsame Standpunkt selbst einen großen Ermessensspielraum. Artikel 4 (2) lautet: »Ob der Transfer von Militärtechnologie oder Militärgütern genehmigt oder verweigert wird, bleibt dem nationalen Ermessen eines jeden Mitgliedstaats überlassen.«

Jede halbherzige Reform dieser Grundlagen würde keinen einzigen Export von Kriegswaffen oder sonstigen Rüstungsgütern wirksam verhindern. Dieses Ziel kann nur durch ein gesetzlich festgeschriebenes, generelles Verbot von Rüstungsexporten erreicht werden.

DIE LINKE AKTIV GEGEN WAFFENEXPORTE – IM BUNDESTAG UND ANDERSWO

Die LINKE hat dazu beigetragen, dass die Entscheidungen der Bundesregierung über Rüstungsexporte endlich öffentlich diskutiert werden. DIE LINKE war aktiv: Wir haben viele parlamentarische Initiativen eingebracht, wir haben gemeinsam mit der Friedensbewegung gegen Rüstungsexporte demonstriert, wir haben zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt, zum Thema geschrieben und – nicht zuletzt, einen Trickfilm-Spot gegen Waffenexporte gemacht (www.linksfraktion.de/nachrichten/faktencheck-video-waffenexporte-stoppen).

In rund 20 Anträgen an die Bundesregierung hat DIE LINKE immer wieder deutlich gemacht, dass Rüstungsexporte unverantwortlich und tödlich sind und deshalb sofort gestoppt werden müssen. Als die Menschen im Frühjahr 2011 in einigen arabischen Ländern gegen ihre Diktatoren aufbegehrten, haben wir 16 Anträge in den Bundestag eingebracht. Darin forderten wir die Bundesregierung auf, ab sofort alle Lieferungen von Kriegsgerät an diese Länder einzustellen. Keine der anderen Fraktionen hat auch nur einem unserer Anträge zugestimmt. Wir haben unser parlamentarisches Fragerecht ausgiebig genutzt und auf diese Weise einiges herausbekommen, über das die Bundesregierung am Liebsten geschwiegen hätte. So konnten wir dazu beitragen, dass die Medien immer wieder kritisch über konkrete Rüstungsexporte berichteten. Eine unserer Anfragen brachte z. B. ans Licht, dass Deutschland 2012 Rüstungsgüter im Wert von 1,42 Milliarden Euro in die Golfregion exportiert und damit den Wert im Vergleich zu 2011 verdoppelte. Wir haben alle Gelegenheiten genutzt, die herrschende Rüstungsexportpolitik zu entlarven und zu kritisieren. Wir haben alle Gelegenheiten genutzt, unsere Forderung nach einem generellen Verbot von Rüstungsexporten in die Öffentlichkeit zu tragen. Dafür haben wir viel Zustimmung und Zuspruch aus der Bevölkerung bekommen.

Für ein Verbot aller Rüstungsexporte – dafür steht DIE LINKE!

Anträge in der Wahlperiode 2009–2013

- Keine Rüstungsexporte als Instrument der Außenpolitik –
Exportverbot jetzt durchsetzen
26.09.2012
- Lieferung von U-Booten an Israel stoppen
22.05.2012
- Keine Panzer nach Saudi-Arabien verkaufen
07.07.2011
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern
nach Ägypten endgültig stoppen
25.05.2011
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern
nach Libyen endgültig stoppen
25.05.2011
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern
nach Syrien endgültig stoppen
25.05.2011
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern
nach Tunesien stoppen
25.05.2011
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern
nach Oman stoppen
25.05.2011
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern
in den Jemen stoppen
25.05.2011
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern
in die Vereinigten Arabischen Emirate stoppen
25.05.2011
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern
nach Saudi-Arabien stoppen
25.05.2011

- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Israel stoppen
25.05.2011
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Marokko stoppen
25.05.2011
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in den Libanon stoppen
25.05.2011
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Kuwait stoppen
25.05.2011
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Jordanien stoppen
25.05.2011
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Bahrain stoppen
25.05.2011
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Katar stoppen
25.05.2011
- Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Algerien stoppen
25.05.2011
- Alle Exporte von Kriegswaffen und Rüstungsgütern stoppen
16.03.2011
- Alle Waffenexporte des Oberndorfer Kleinwaffenherstellers Heckler & Koch verbieten
08.02.2011

Kleine Anfragen in der Wahlperiode 2009–2013

- Weiterverkauf und Weitergabe von aus Deutschland exportierten Rüstungsgütern
30.5.2013
- Rüstungsexporte nach Ägypten – Zulieferung deutscher Rüstungsgüter für den Radpanzer Fahd
10.5.2013
- Rüstungsexporte nach Algerien – Kooperation, Finanzierung und Waffenausfuhrkontrolle
19.03.2013
- Rüstungsexporte nach Algerien
18.10.2012
- Waffenfunde in Afghanistan
31.07.2012
- Mit EADS abgestimmter Einsatz der Bundespolizei in Saudi Arabien
20.07.2012
- Sicherstellung von Waffen in Afghanistan durch deutsche Soldaten
05.06.2012
- Auslandsreisen von Mitgliedern des Bundeskabinetts unter Begleitung von Rüstungslobbyisten
26.04.2012
- Rüstungsexporte durch das Bundesministerium der Verteidigung
07.02.2012
- Sicherheits- und Rüstungsk Kooperation mit Mexiko
28.12.2011
- Rüstungsindustrie in Deutschland
08.12.2011
- Ausfuhren von Kleinwaffen und Produktionsanlagen zur Herstellung von Kleinwaffen
29.11.2011
- Exporte und Überlassung von Kriegswaffen
18.10.2011

- Kontrolle der Waffenexporte des Oberndorfer Unternehmens Heckler & Koch GmbH durch die Bundesregierung
05.07.2011
- Relevanz von Nullbescheiden
09.06.2011
- Rüstungsexporte deutscher Motoren und Getriebe
25.03.2011
- Deutsche Waffenexporte in den Nahen Osten und nach Nordafrika
09.03.2011
- Transporte von Waffen und Rüstungsgütern durch Deutschland
24.02.2011
- Rüstungsexportbericht 2009
04.01.2011
- Aufklärung über den Stand der Rüstungskooperation Deutschlands auf europäischer Ebene
21.12.2010
- Kontrolle des Endverbleibs deutscher Kriegswaffen und Rüstungsgüter
23.11.2010
- Exportgenehmigungen für die Ausfuhr von »dual-use« Gütern seit 2006
29.10.2010
- Die Sparmaßnahmen der Bundesregierung und deutsche Rüstungsprojekte
20.10.2010
- Deutsche Waffenlieferungen an die Türkei
17.06.2010
- Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen
21.04.2010
- Transparenz und Aufklärung über deutsche Rüstungsexporte
28.12.2009

- 1 Sipri Yearbook 2011
- 2 Small Arms Survey 2010
- 3 UNICEF: »Kleinwaffen – Eine weltweite Bedrohung«
- 4 Kofi Annan anlässlich der Konferenz der Vereinten Nationen über den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten vom 09.–20.07.2001 in New York. <http://www.unric.org/html/german/kleinwaffen/publ.htm> (09.11.2011)
- 5 Small Arms Survey 2010
- 6 <http://ag-friedensforschung.de/themen/Kleinwaffen/g3.html>
- 7 Persönliches Gespräch von MdB Jan van Aken, Außenpolitischer Sprecher DIE LINKE, bei Heckler & Koch in Oberndorf im März 2011.
- 8 Laut Rüstungsexportbericht wurde 2009 zum Beispiel der Export von »Technische Unterlagen für Feuerleiteinrichtungen« nach Argentinien, »Produktionszeichnungen für Teile von Handfeuerwaffen« sowie »Fertigungsunterlagen für Gefechtsköpfe« nach Indien oder von »Fertigungsunterlagen für Gefechtsköpfe« nach Südkorea genehmigt.
- 9 In Absatz I.3 der Politischen Grundsätze heißt es wörtlich: »Genehmigungen für Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern werden grundsätzlich nicht erteilt, wenn hinreichender Verdacht besteht, dass diese zur internen Repression im Sinne des EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden.«
- 10 Antwort auf die Schriftliche Frage von Jan van Aken, Mitglied des Bundestages (DIE LINKE) vom 09.01.2013, Drucksache 17/11612, S. 26 f.
- 11 Antwort auf die Schriftliche Frage von Paul Schäfer, Mitglied des Bundestages (DIE LINKE) vom 13.06.2012, Drucksache 17/10012, S. 23.
- 12 Der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung enthält nur den Globalwert der von der Bundeswehr abgegebenen Kriegswaffen. Im Einzelnen werden weder die Empfängerländer noch das Waffensystem oder der Preis genannt. Angaben zu den Abgaben von sonstigen Rüstungsgütern fehlen vollständig.
- 13 Antwort auf Schriftliche Frage von Paul Schäfer, Mitglied des Bundestages (DIE LINKE) vom 15.01.2013, Drucksache 17/12113, S. 28.
- 14 Antwort auf Kleine Anfrage »Mit dem Rüstungskonzern European Aeronautic Defence and Space Company abgestimmter Einsatz der Bundespolizei in Saudi-Arabien« von Ulla Jelpke, Mitglied des Bundestages (DIE LINKE) vom 20.07.2012, Drucksache 17/10247 sowie Antwort auf Schriftliche Frage von Andrej Hunko, Mitglied des Bundestages (DIE LINKE) vom 31.3.2011, Drucksache 17/5876, S. 8.
- 15 Antwort auf Kleine Anfrage »Rüstungsexporte nach Algerien – Kooperation, Finanzierung und Waffenausfuhrkontrolle« von Jan van Aken, Mitglied des Bundestages (DIE LINKE) vom 19.03.2013, Drucksache 17/12802.
- 16 Antwort auf die Schriftliche Frage von Paul Schäfer, Mitglied des Bundestages (DIE LINKE) vom 17.01.2011, Drucksache 17/4494, S. 18f.
- 17 Antwort der Bundesregierung auf die Frage von Katja Keul, Mitglied des Bundestages (Die Grünen), Plenarprotokoll vom 27.2.2013, Drucksache 17/224.
- 18 Antwort auf Kleine Anfrage »Auslandsreisen von Mitgliedern des Bundeskabinetts unter Begleitung von Rüstungslobbyisten« von Jan van Aken, Mitglied des Bundestages (DIE LINKE) vom 31.5.2012, Drucksache 17/9854.
- 19 Siehe Antrag der SPD-Fraktion »Frühzeitige Veröffentlichung der Rüstungsexportberichte sicherstellen – Parlamentsrechte über Rüstungsexporte einführen« vom 28.03.2012, Drucksache 17/9188.
- 20 Siehe Antrag der Fraktion Die Grünen »Rüstungsexporte kontrollieren – Frieden sichern und Menschenrechte wahren« vom 25.4.12, Drucksache 17/9412.
- 21 Pressesprecher der Bundeskanzlerin, Seibert, anlässlich des bekannt gewordenen Interesses Saudi-Arabiens an deutschen Panzern: http://www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/int/201212/04/deutsche_ruestungsexporte.listall.on.printView.true.html
- 22 Kleine Anfrage, Drucksache 17/7078, Jan van Aken, »Export und Überlassung von Kriegswaffen« vom 13.09.2011.
- 23 »Gemeinsamer Standpunkt vom 8. Dezember 2008 des Rates betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern«
- 24 9. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik: 1. März 2008 bis 28. Februar 2010, <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/358008/publicationFile/131966/9MR-Bericht-pdf.pdf>

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-51170, Fax: 030/227-56128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, MdB
Redaktion und Text: Dr. Kerstin Seifer
Layout und Herstellung:
MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Illustrationen: Georg Krefeld und Maik Seehafer
Redaktionsschluss: 10. Juni 2013

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden.**

www.linksfraktion.de